

MASSNAHMEN ZU ERHOEHTER BILDUNGSBETEILIGUNG VON SPAET EINGEREISTEN MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

Der Regierungsrat beschliesst Massnahmen zur erhöhten Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an der Berufsbildung und beauftragt die Strategiegruppe Jugendarbeitslosigkeit (STJA) ein entsprechendes Konzept in den kommenden vier Jahren umzusetzen. Im Fokus stehen drei Hauptgruppen: Junge aus der EU Süd, zum Partner zuziehende junge Frauen aus Drittstaaten sowie Personen aus dem Asylbereich, inklusive Familiennachzug.

Unter der Annahme, dass von den Personen im Asylprozess der grösste Teil keine in der Schweiz anerkannte Ausbildung hat, sind geschätzt rund 500 unter 25-jährige Späteingereiste ohne anerkannten Ausbildungsabschluss in den letzten fünf Jahren in den Kanton Basel-Stadt gezogen (Erhebung Juni 2016).

Aufgrund der Bestandsaufnahme und der Experteneinschätzung und auf der strategischen Grundlage von fünf identifizierten Handlungsfelder sind in folgenden Bereichen Massnahmen vorgesehen:

- Klare Strukturierung von Angeboten der Integrationsförderung und der postobligatorischen Bildungsangebote.
- Führen einer Triagestelle für Späteingereiste, die via postobligatorische Zwischenlösungen den Einstieg in die Berufsbildung suchen.
- Verbessertes Monitoring für die Bewirtschaftung der Berufsintegrationsangebote. Flexibilisierung des Zugangs zu den integrativen Brückenangeboten.

Zielführende Kooperationsstrukturen mit den Berufsschulen und den Branchenverbänden mit Unterstützung des Bundes. Etablierung einer positiv besetzten Ausbildungsorientierung im Rahmen der Begrüssungs- und Integrationsgespräche.

Gut zu wissen:

Mit der Strategiegruppe Jugendarbeitslosigkeit existiert ein Gremium, das auf der Basis einer Gesamtsicht alle staatlichen Interventionen bezüglich der Jugendarbeitslosigkeit über die departementalen Schnittstellen hinweg steuern kann. Zur Bewertung von neuen Projekten und Massnahmen hat die Strategiegruppe Jugendarbeitslosigkeit einen Projektprüfungsausschuss eingesetzt. Dieser Ausschuss besteht aus Delegierten des Präsidialdepartements, des Erziehungsdepartements und des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, die als Schnittstelle zur Praxis fungieren.

Vorsitz: Alessandro Tani, Bereichsleiter Arbeitslosenversicherung beim AWA BS.